

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Bischoff/Detje/Sander:
Frankreichs Revitalisierung?



Klaus Peter Kisker: Wege
aus dem Kapitalismus



Jörg Jungmann: FR im
Zangengriff des »Marktes«

Richard Detje/Otto König:
Arbeitskämpfe bei Amazon

**Forum
Gewerkschaften**

Dieter Prokop: Beckers
Noelle-Neumann-Biografie



EXIT?

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Sozialismus u.a. im Internet

www.sozialismus.de

Regelmäßige Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen Themen & Ereignissen zwischen den monatlichen Printausgaben; außerdem Tipps & Termine, Kommentar- und Heftarchiv sowie Möglichkeiten zum Abonnieren u.v.a.m.

www.vsa-verlag.de

Die neuesten Buchveröffentlichungen aus dem VSA: Verlag, Lesungs- & Veranstaltungstermine, sämtliche lieferbare Titel, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben, ein wenig Verlagsgeschichte aus 40 Jahren Links u.v.a.m.

www.wissentransfer.info

Arbeitspapiere, PowerPoint-Präsentationen, Veranstaltungshinweise und -berichte, Referentinnen und Referenten sowie Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V.

www.vorort-links.de

Plattform für Analysen & Ansichten aus Ländern, Städten und Regionen. vorortLINKS ist ein unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen.

www.linksnet.de

Ein linkes netzpolitisches Projekt mit großer Reichweite: Mehr als 40 linke Zeitschriften aus Politik und Wissenschaften stellen Beiträge, Rezensionen und z.T. Inhaltsverzeichnisse ein. Sozialismus war von Anfang an dabei.

Krankes Europa, strittige Therapien

Joachim Bischoff/Björn Radke: EU – neoliberales Durchwursteln oder Rückkehr zu nationalen Ökonomien?	2
Thomas Händel: Schöne Überschriften statt Gute Arbeit Die Strategie Europa 2020	8
Heinz Bierbaum: DIE LINKE und Europa	10
Karl Georg Zinn: Wachstum für wen und wofür?	14

Agenda-Illusionen und NATO-Märchen

Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Sander: Wettbewerbsschock als Therapie? Frankreich: Industrielle Revitalisierung als Antwort auf die Krise ...	16
Christina Ujma: Italien – der lange Schatten der ersten Republik und Wiederaufbau der Linken	24
Uli Cremer: Afghanistankrieg 2013 – kein Ende in Sicht	27

Forum Gewerkschaften

Jörg Jungmann: Nicht gekämpft – und doch verloren? Frankfurter Rundschau im Zangengriff des »Marktes«	30
Otto König/Richard Detje: Spielräume ausgeschöpft? Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie	35
Nils Böhlke: Öffentliche Krankenhäuser als Auslaufmodell	37
Otto König/Richard Detje: Arbeitskampf bei Amazon Für mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen – und Respekt!	41

Marxismus – Keynesianismus

Klaus Peter Kisker: Das Ende der Geschichte? Wege aus dem Kapitalismus	43
Herbert Panzer/Michael Wendl: Welche Rolle spielt die Lohnpolitik in der Währungsunion?	48
Thomas Weiß: Drei Bände für Charlie Mit Keynes zur neuen Regulationsweise?	54

Besprechungen | Impressum | Veranstaltungen

Dieter Prokop: Meinungsforschung: Führung der »Massen« durch »Massenbefragungen«? (zu Jörg Beckers Noelle-Neumann-Biografie)	57
Alban Werner: So viel Ungleichheit war nie (zu Rosanvallon)	60
Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	64
Anna Hansen: Paradies Hoffnung (Fimkritik)	65

Nicht gekämpft – und doch verloren?

Frankfurter Rundschau im Zangengriff des »Marktes«

von | Jörg Jungmann



Proteste am 16.1.2013 vor dem Gebäude der FR (Foto: dpa)

Der 13. November 2012 wird den meisten Menschen kaum noch in Erinnerung sein; nicht so den Beschäftigten der »Frankfurter Rundschau« (FR). An diesem Tag erfahren sie über »Spiegel-Online« von der um 9.45 Uhr angemeldeten Insolvenz. Immer wieder hatte es Gerüchte und Meldungen gegeben, die der Zeitung das Aus vorhersagten. Doch niemand kann sich ernsthaft ein Ende der traditionsreichen Publikation vorstellen, am wenigsten die Beschäftigten. Die meisten hoffen immer noch auf eine Rettung in letzter Minute, umso mehr schockiert die Insolvenz. Spiegel-online¹ informiert über eine Stellungnahme des

Frankfurter Amtsgerichts, der Insolvenzverwalter sei bloß ein »schwacher Verwalter«; die alte Geschäftsführung bleibe im Amt, müsse sich aber alle Ausgaben von ihm genehmigen lassen.

Allein bei dieser Meldung hätten bei der zuständigen Gewerkschaft ver.di alle Alarmglocken klingeln müssen. Von einer Pleite der Gesellschafter war bis dahin nie die Rede gewesen. Der DuMont-Schauberg-Verlag gehört zu den reichsten Zeitungsverlegern der Republik. Auch das Vermögen der SPD ist nicht von der Insolvenz bedroht. Deshalb soll der Weg der »Frankfurter Rundschau« in die angeblich unab-

wendbare Insolvenz genauer betrachtet werden. Denn am 15.11.2012 erklärt der Insolvenzverwalter in einem Interview der FR: »Wir wissen aktuell nicht, dass die Zeitung überschuldet ist.«²

Seit Jahren ist bekannt, dass die FR unter Umsatzverlusten im Anzeigen- und Druckgeschäft leidet. Jährlich sollen Verluste von rund 16 Millionen Euro angefallen sein, so »Spiegel-online« am Tag der Anmeldung der Insolvenz. Finde sich nicht bis Ende Januar 2013 ein Käufer, dann werde die Zeitung eingestellt. Die Entscheidung liege jedoch beim Insolvenzverwalter.³ ver.di wird mit der Einschätzung zitiert, die »Frankfurter

Rundschau« sei »eine attraktive Zeitung in einer attraktiven Region«. ⁴

»Unsere Rundschau« ist das geflügelte Wort in den kommenden Wochen. Eine breite Solidaritätswelle von Lesern beginnt. Die Zeitung erhält innerhalb kürzester Zeit viele Soli-Abos, die allerdings auf drei Monate beschränkt sind. Doch die Solidarität ist nicht »moralisch«, sondern auch politisch motiviert: Auf einer Veranstaltung der Naturfreunde in Frankfurt im Januar 2013 gehen die Leserinnen und Leser kritisch mit »ihrer« Zeitung um. Sie verknüpfen die Rückgänge bei den Abonnements mit einer Verschlechterung des Inhalts der Zeitung. Ein Leser macht das Problem deutlich: »Die Kommentare der FR sind nicht mehr von denjenigen der konservativen FAZ zu unterscheiden.« ⁵

Was Betriebsrat und ver.di (nicht) taten

Die Druckerei der »Frankfurter Rundschau« in Neu-Isenburg ist bis zum 13. November 2012 gut ausgelastet. Verluste werden vor allem über die Zeitung eingefahren. Immer wieder wird die Belegschaft zu Sparmaßnahmen genötigt. Sie verzichtet auf die Jahresleistung (Weihnachtsgeld) und auf das zusätzliche Urlaubsgeld. Eine Öffnungsklausel im Tarifvertrag der Druckindustrie hat das Sparpotenzial voll ausgeschöpft. Doch diese Maßnahmen allein – sie sollen mehr als 50 Millionen Euro umfasst haben – reichen nicht aus.

Der Lohnverzicht bei der FR hat eine zweite Seite: In den umliegenden Zeitungsdruckereien wird er sehr kritisch als Konkurrenzvorteil gesehen. Da die gesamte Branche an Auflagenverlusten krankt, wollen auch sie die Tarifbindung »lockern«. Nicht das Produkt »Zeitung« wird am Markt in den »Wettbewerb« geschickt, sondern das Lohndumping. Gleichzeitig tauchen erste Hinweise aus anderen Druckereien auf, welche für Ende Januar 2013 die Übernahme der bisher bei der FR gedruckten Axel-Springer-Produkte »Bild« Frankfurt, »Bild am Sonntag«, »Welt am Sonntag« und »Welt kompakt« ankündigen; am 9. Januar 2013 wird dies offiziell. ⁶ Doch mit dem Abzug dieser Aufträge verliert die FR-Druckerei mehr als die Hälfte ih-

rer Druckaufträge. Die Druckerei ist so nicht mehr überlebensfähig.

Hinweise an den Betriebsrat, gravierende Veränderungen stünden an, wurden mit dem Verweis auf die langfristige Bindung und die Zufriedenheit von Springer als unseriöses Gerücht abgetan. Auch die Möglichkeit einer Konferenz der Betriebsräte aller wichtigen Zeitungsbetriebe Hessens wurde gar nicht erst erwogen – in dem Glauben, alles allein oder mit Unterstützung von ver.di-Vertrauensanwälten regeln zu können. Neben den Verhandlungen auf Streik zu setzen wird zwar erörtert, jedoch verworfen, weil dann ein sofortiges Aus befürchtet wird. Hierzu soll kein Vorwand geliefert werden. Und eine gemeinsame Beratung der Lage und Koordination oder Organisation von Solidarität mit den Betriebsräten von Springer, DuMont-Schauberg, Ippen Kassel, Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Societätsdruckerei (FSD) ⁷ findet nicht statt.

Hatte ver.di kein Interesse an einer strategischen Einschätzung der Branche? Welche Auswirkung hat die Pressekonzentration? Ist die Gewerkschaft zukünftig überhaupt noch handlungsfähig, wenn nahezu alle Zeitungsverleger in Hessen nicht mehr in der Tarifbindung sind? Was bleibt von der noch vor wenigen Jahren ausgegebenen Losung in Hessen: Wenn ein Unternehmer aus dem Verband austritt, dann ist das ein Generalangriff ⁸ auf die Gesamtorganisation? Die Fragen nach einem konzentrierten Vorgehen in der gesamten Branche stellen sich, denn mit dem schnellen Agieren von Springer und der Insolvenz werden neue Fakten geschaffen; das heißt, es verschiebt sich das Gewicht zu Gunsten einer schnellen Abwicklung.

Für ihr Verhalten ernten die Verantwortlichen der betrieblichen wie öffentlichen politischen Auseinandersetzung bei der FR später ein dickes Lob, allerdings von der falschen Seite. Die »Frankfurter Allgemeine« (FAZ) schreibt am 1. März 2013: »Der unermüdliche Kämpfer Kroke [FR-Geschäftsführer], der immerfort schlechte Nachrichten zu verkünden hatte, der innerlich immer neue Niederlagen abschütteln musste und die letzten drei Monate nur mit preußischer Disziplin durchhielt, erinnert sich an dem Tag, an dem sein

Vertrag um 24 Uhr endet, lieber an die guten Dinge, an

den Zusammenhalt einer Mannschaft in Verlag, Druckerei und Redaktion, der dazu führte, dass der Krankenstand im November und Dezember bei null Prozent lag. Kroke wiederholt beeindruckt: »Null Prozent, das hatte auch der Insolvenzverwalter noch nicht erlebt.« ⁹ So beeindruckt Kroke auch vom Zusammenhalt der Belegschaft ist, er baut vor, um nicht durch einen Streik überrascht zu werden. Seine Anfragen bei verschiedenen Großdruckereien, ob die FR im Falle von Streiks ihre Produkte dort drucken lassen könne, ignorieren jeden »kollegialen« Geist.

In der Insolvenz greifen wesentliche Teile des Betriebsverfassungsgesetzes nicht mehr. Dem juristischen Handeln des Betriebsrats sind enge Grenzen gesetzt, er ist letztlich auf die Einsicht des Unternehmers durch »gute Argumente« angewiesen. Bei der Insolvenz steht allerdings die Gefahr der dauerhaften Zahlungsunfähigkeit im Mittelpunkt. Darüber hinaus soll über den Insolvenzverwalter auch die Möglichkeit der Weiterführung sondiert und ggf. eine Sanierung eingeleitet werden.

Der Betriebsrat bleibt allein auf sich gestellt und soll in der konkreten Situa-

Jörg Jungmann war Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Medien von ver.di Frankfurt a.M. und Region.

¹ www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/frankfurter-rundschau-qualitaetszeitung-meldet-insolvenz-an-a-866984.html

² www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/insolvenzverwalter-frankfurter-rundschau-ist-nicht-ueberschuldet/7393396.html

³ www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/du-mont-und-ddvg-sehen-keine-perspektive-fuer-frankfurter-rundschau-a-867048.html

⁴ ebenda

⁵ 27.1.2013, FR und das Zeitungssterben.

⁶ Vgl. www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/frankfurter-rundschau-springer-kuendigt-druckauftrag-a-876624.html

⁷ Die FSD ist die hauseigene Druckerei unter dem Dach der FAZIT-Stiftung der Zeitungen »Frankfurter Allgemeine« und der »Frankfurter Neue Presse«.

⁸ Als Dern-Druck in Neu-Isenburg (heute: Chesapeake) den Verband verließ, wurde nicht nur eine Kampagne, sondern auch ein Arbeitskampf organisiert. Jedem Unternehmer musste vor Augen geführt werden: Wenn du austrittst, dann stehen alle Beschäftigten der Druckindustrie dieser Belegschaft solidarisch zur Seite.

⁹ FAZ, 1.3.2013, S. 51: Man trifft hier weinende Menschen auf dem Flur.

tion das Beste für die Belegschaft herausholen. Et-

was anders stellt sich die Lage für die Gewerkschaft dar. Sie kann und muss die Möglichkeit des Arbeitskampfes zur Durchsetzung eines Sozialtarifvertrages erwägen. Dabei kann es sehr wohl zu Interessenkonflikten zwischen den Vorstellungen einer Belegschaft und denen einer Organisation kommen. Der berühmte »Kampf um die Köpfe« beginnt. Er ist eine politische Auseinandersetzung. Mit jedem Nichtstun wird die Belegschaft der FR vorgeführt und allen anderen in der Branche gezeigt, wie Handlungsfähigkeit der abhängig Beschäftigten demontiert werden kann. Nicht nur die Belegschaft der FR wird gedemütigt, sondern auch die anderer Druckereien und Zeitungsverlage. Aber auch die Gewerkschaft nimmt politischen Schaden, denn sie gibt ihre Funktion als »Gegenmacht« auf.

Dass die deutsche Zeitungslandschaft Probleme hat, ist schon länger bekannt. Doch nicht alle schreiben rote Zahlen. Bemerkenswert ist, dass fast parallel zur FR-Insolvenz die »Financial Times Deutschland« auch ohne große Gegenwehr ihre Pforten schließt, im Ruhrgebiet die WAZ einen Kahlschlag betreibt, die Nachrichtenagentur DAPD in die Insolvenz geht und die Prinovis-Druckerei im Norden der Republik die Tore schließt. Ist das nicht Anlass genug, sich strategisch als Gewerkschaft mit dieser Entwicklung zu befassen und über gemeinsame Gegenmaßnahmen zu beraten? Einzelbetriebliche Lösungen sind kaum noch realistisch, umso mehr muss die gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt werden.

Mit der Kenntnis, dass Springer seine Aufträge abzieht, stellte sich die Frage nach Solidarität neu. Springer greift ohne Not in einen Sanierungsprozess zu Gunsten der Anteilseigner ein. Für die Belegschaft ist das objektiv eine Kampf-ansage und für ver.di ein Angriff auf ihre Mitglieder. Doch wie kann eine Antwort aussehen? Der Appell des Betriebsrats an Springer bringt nichts. Warum auch? Kann Springer doch für sich bessere Konditionen erringen. Die großen Druckzentren werben ununterbrochen

mit Angeboten, um die Maschinen auszulasten. Wenn dies das treibende Element gewesen wäre, dann hätte sicher auch die FR einen Nachlass offeriert. Darum ging es aber gar nicht! Mit der Kündigung der Springer-Aufträge wurde der Prozess der Abwicklung beschleunigt und in der Öffentlichkeit deutlich demonstriert, dass ein Überleben der FR-Druckerei unmöglich ist. Und ein für Unternehmer positiver »Nebeneffekt«: Mit dem Aus der FR werden Druckkapazitäten vom Markt genommen.

Der Solidaritätsstreik darf in dieser Situation kein Fremdwort sein. Warum sollen sich die Belegschaften der gesamten Branche nicht gemeinsam gegen diese Maßnahme zur Wehr setzen? Wieso nicht einmal diese Produkte bestreiken? Wo liegt hier das Problem? Es ist doch politisch nicht nachvollziehbar, wenn ein Unternehmer gezielt Partei ergreift und alle anderen dürfen abseits stehen und sich dafür bedanken. Oder beherrscht die Angst vor Schadensersatz die Atmosphäre? Soll die SPD geschont werden? Klar ist, wird der Weg des Widerstandes eingeschlagen, dann türmen sich augenblicklich viele Hürden vor den politisch Verantwortlichen auf und es ist mit viel Gegenwind zu rechnen. Doch wer Solidarität nicht mit Leben erfüllen kann oder will, dem bleibt am Ende nur die Niederlage.

Ein Solidaritätsstreik ist zweifellos eine Herausforderung, aber realisierbar. Er setzt neue Maßstäbe, um den Widerstand zu organisieren. Gute Erfahrungen machten die Beschäftigten der Frankfurter Societätsdruckerei in den letzten Jahren, die immer wieder durch ihre Aktionen die Redakteure der Zeitung »Frankfurter Neue Presse« (FNP) unterstützten.

Was die SPD (nicht) wollte

Sowohl SPD als auch der DuMont-Schauberg-Verlag unterstreichen immer wieder, durch ihr Engagement sei 2004 und 2006 das Aus der FR verhindert worden. Doch war der Einstieg der SPD mit ihrer Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) 2004 keineswegs nur ein Akt der Barmherzigkeit. Mit dieser Zeitung erwarb sie auch deren linksliberales Renommee

und die Möglichkeit, politisch in die Gesellschaft zu wirken. Schließlich bot sich mit der FR die Möglichkeit, in Zeiten der Agenda 2010 mit einem eigenen Presseorgan die Schröder-Fischer-Politik zu verkaufen. Die SPD wies immer wieder Vorwürfe entschieden zurück, sie nähme Einfluss auf die Redaktion. Bei der Übernahme soll sie rund 60 Millionen Schulden ausgelöst und die FR für den symbolischen Preis von einem Euro erhalten haben. Keine schlechten Kaufleute: Nach Informationen der FR-Redakteure soll der anschließende Verkauf des FR-Grundstücks in der Frankfurter City rund 40 Millionen Euro in die Kasse der SPD gespült haben. Mit dem Verkauf eigener Anteile an DuMont-Schauberg sollen weitere 30 Millionen eingenommen worden sein. Doch im Januar 2013 sind die Verluste im operativen Geschäft für die SPD bis an die Schmerzgrenze gestiegen und niemand könne mehr, so ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel in Potsdam gegenüber einer FR-Delegation, der Partei ernsthaft zumuten, weitere Millionen in die FR zu stecken. Auf einmal reichte das Geld nicht einmal mehr dafür, die Gehälter der gekündigten Beschäftigten bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zu zahlen. Für die SPD, die gerade im anstehenden Bundestagswahlkampf mit ihrer sozialen Kompetenz wirbt, kein gutes Aushängeschild.

Leiharbeit wird hoffähig

Auch die FR kann nicht mit wenigen Redakteuren produziert werden, weshalb die Zahl der so genannten Freien beständig zunahm. Eine Überprüfung ergab, dass die meisten von ihnen als Scheinselbständige für die FR arbeiten. Die politischen Folgen – Stichwort: Sozialversicherungsbetrug – wären fatal gewesen. Um einen Skandal zu vermeiden, wurde der Redaktionsdienstleister »Pressedienst Frankfurt« (PDF) gegründet. Alle vormals Scheinselbständigen bekamen einen festen Arbeitsvertrag, der jedoch wesentlich schlechtere Bedingungen regelte. Jeder ausgeschiedene feste FR-Redakteur sollte dann durch eine/n Mitarbeiter/in der PDF ersetzt werden. Die FR nutzte dabei die Erfahrungen der Koblenzer »Rhein-

Zeitung«. Diese atomisierte seit Jahren ganz systematisch ihren Betrieb, um sich der Tarifbindung und der Sozialplanpflicht zu entziehen. Genannter FR-Geschäftsführer Kroke, vormals Verlagsleiter bei der »Rhein-Zeitung«, holte sich seinen Vertrauten Werner Funk und beauftragte diesen 2006 mit der Geschäftsführung der neu gegründeten¹⁰ PDF GmbH.

Eine solche Personalpolitik wirkt sich nicht bloß auf die unmittelbar Betroffenen aus. Ein Beispiel: Bei den Verhandlungen zur Unternehmensaufspaltung der Frankfurter Societätsdruckerei verlangte der Betriebsrat den Ausschluss des Einsatzes von Leihredakteuren und konnte dies erfolgreich für die Zeit bis zum 31.12.2014 durchsetzen. Mit der Übernahme der FR durch die FAZ wird nun auch Leiharbeit in der Redaktion im Rahmen der Konzernstruktur der FAZIT-Stiftung möglich. Eine große Herausforderung für ver.di und den Betriebsrat, sich ihre betriebliche Basis nicht untergraben zu lassen. Letztendlich sind drei Zeitungen (FAZ, FR, FNP) durch diese neue Gesellschaft in ihrem Handlungsfeld unter Druck gesetzt. Das Ziel der FSD-Geschäftsführer war die Einführung »marktgerechter« Gehälter für die Redakteure der FNP. Besonders makaber ist gegenwärtig, dass sich die erfahrenen, aber im Zuge der Insolvenz nicht übernommenen Re-

dakteure der FR bei der PDF GmbH bewerben und vorstellen dürfen.

Geschürte Hoffnung – ein kaltes Manöver?

Eine Insolvenz »lebt« von der Hoffnung der Beschäftigten des zahlungsunfähigen Unternehmens. Bei der FR werfen die »Süddeutsche Zeitung«¹¹ und ein türkischer Verleger ihren »Hut« in den Ring. Spekulationen über mögliche weitere Investoren laufen umher und werden gezielt kolportiert; es wird sogar von einem Hedgefonds gesprochen. Zwar sickert immer wieder durch, die FAZ habe großes Interesse, doch offiziell wird (vorerst) nichts bekannt. Betriebsrat und ver.di halten diese Option für wenig wahrscheinlich. Vor allem kartellrechtliche Probleme stünden einer Übernahme im Weg, so wird gemutmaßt. Außerdem kann und will sich bei der FR niemand vorstellen, ausgerechnet bei der FAZ zu landen, immerhin liegen beiden Zeitungen (politisch) weit auseinander.

Doch am 31. Januar 2013 lässt die FAZ¹² indirekt über den Insolvenzverwalter die »Bombe« platzen, die FAZ und ein türkischer Verleger hätten Interesse an der FR, wobei die FAZ nur die Zeitung mit einer abgespeckten Redaktion übernehmen wolle, da sie an der Druckerei kein Interesse habe. Warum

auch, verfügt sie in unmittelbarer Nähe in Mörfelden über eine der zehn größten europäischen Zeitungsdruckereien. Der türkische Verleger gibt sich als Retter in der Not, verfügt aber offenbar über kein solides Finanzierungs- und Fortführungsmodell. Politik wird bekanntlich gemacht. Und so lässt die FAZ in ihrer Regionalausgabe über den Insolvenzverwalter die Verhandlungen mit der FAZ als »schon sehr weit« gediehen erklären. Das Bundeskartellamt berichtet ebenfalls am 31.1.2013, ein Prüfungsverfahren sei bereits eingeleitet worden. Sein Präsident Andreas Mundt erklärt: »Die Prüfungsfrist für dieses Verfahren ist wegen des verbleibenden knappen Zeitraums, in dem die Finanzierung der Frankfurter Rundschau noch gesichert ist, stark verkürzt ... Für die Annahme einer Sanierungsfusion ist u.a.

¹⁰ http://peoplecheck.de/handelsregister/HE-HRB_77353-8418

¹¹ Der frühzeitige Ausstieg der Süddeutschen Zeitung aus dem Bieterwettbewerb wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verfahren. Zwar scheint die FR besser zu der Süddeutschen zu passen, doch mit dem Einstieg in den Regionalraum Frankfurt musste dies als eine Art »Kriegserklärung« an die FAZ aufgenommen werden. Anscheinend hat die FAZ ihre Instrumente der Gegenmaßnahmen offengelegt und den Rückzug bewirkt.

¹² FAZ, 31.1.2013: Aufschub für Rundschau, S. 33



Kapitalismus am Rande der Erschöpfung

Alain Ehrenbergs Diagnose des „erschöpften Selbst“ im neoliberalen Kapitalismus ist stark verdünnt als Lamento über Burn-out in den Talkshows angekommen. Statt einzustimmen, fragt **Fritz Reheis** im prager frühling nach den Triebkräften sozialer Beschleunigung.

Katharina Gröning analysiert die Genderdimension von Stress und **Frigga Haug** umreißt eine marxistische Perspektive auf die Ökonomie der Zeit. **Claus Leggewie** schildert Aporie und Nutzen der Diagnose Burn-out und das Theaterkollektiv **Turbo Pascal** erklärt den Wandel des Schlafens im Kapitalismus.

Außerdem: Klimawandel auf den Färöern – die homophobe Atmosphäre schwindet; Eine schrecklich queere Familie – Heteronormativitätskritik im Familienrecht u.v.m.

Bestellung: www.prager-fruehling-magazin.de

maßgeblich, ob die bestehende Marktposition der

FR bei deren Ausscheiden ohnehin der FAZ zuwachsen würde und ob es einen ernsthaften alternativen Erwerber für die Frankfurter Rundschau gibt.«¹³

Der Hessische Rundfunk meldet am 6. Februar 2013 noch: »Ein türkischer Verleger hat seine Übernahmepläne für die insolvente ›Frankfurter Rundschau‹ konkretisiert und will sein Angebot nachbessern. Macht er Ernst, könnte das für die ebenfalls interessierte ›FAZ‹ zum Problem werden.«¹⁴

Spätestens hier hätte für Betriebsrat und ver.di die rote Signallampe leuchten müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde jede Ablehnung von Streiks auch damit begründet, es solle eine gute Zeitung erstellt und deren Erscheinen garantiert werden, um so einen guten Eindruck auf den zukünftigen Eigentümer zu machen. Zwei Dinge hätten sofort auffallen können: Eine Übernahme der FR durch die FAZ ist nur über eine Sanierungsfusion möglich. Und der türkische Bieter könnte sich als Strohhalm entpuppen, um bis zum Schluss die Belegschaft in der Hoffnung zu wahren, sie kämen bei Wohlverhalten doch noch an der FAZ vorbei. Auf der Internetseite von Springer findet sich der türkische Bieter als Druckstandort für Springers Zeitungen in der Türkei.¹⁵

Hier scheint ein von langer Hand vorbereiteter Plan in die Tat umgesetzt worden zu sein. Natürlich sitzt niemand vom Betriebsrat oder von ver.di bei den etwaigen Absprachen mit am Tisch und könnte den geplanten Ablauf schildern. Doch mit der Insolvenz ist der Weg für eine Übernahme durch die FAZ realisierbar und in greifbare Nähe gerückt. Am 20. Juni 2012 platzt Franz Sommerfeld, Vorstand des Mehrheitsgesellschafters DuMont-Schauberg, mit der Meldung heraus, einen Verkauf der FR nicht mehr auszuschließen. Er relativiert seine Aussage: »Wenn wir einen hochinteressanten Käufer finden, der uns viel Geld dafür zahlen würde, würden wir das natürlich prüfen.«¹⁶ Da stellt sich die Frage, wer sollte ernsthaft die »verlustreiche« Zeitung kaufen? Wenn sich ein großer Verleger schon zu-

rückzieht, warum sollte es ein anderer machen? Konstantin Neven DuMont, der in Ungnade gefallene Sohn des Verlegers Alfred DuMont, schrieb im Januar 2013 auf seiner Facebook-Seite: »Bereits vor Jahren wollte ich die insolvente Frankfurter Rundschau mit Hilfe von drei Punkten sanieren. 1. Drastische Kostenreduktion im Printbereich. 2. Massive Investitionen in den digitalen Ausbau. 3. Weitreichende Synergien mit der Fazit-Stiftung (FAZ, FNP, etc.). Durchsetzen konnte ich diese Punkte allerdings nicht. Jetzt könnte die Frankfurter Rundschau an die FAZ gehen. Laut Focus denke FAZ-Geschäftsführer Tobias Trevisan über mögliche Synergieeffekte mit der Frankfurter Neuen Presse nach.«¹⁷ Es wurde also schon geraume Zeit mit einem anderen Großen der Branche eine Lösung der Misere bei der FR gesucht. Ob es tatsächlich Vorgespräche gab, wer weiß? Auszuschließen sind sie nicht!

Andererseits ist sehr wohl bekannt, dass die Frankfurter Societätsdruckerei im Herbst 2010 eine Unternehmensaufspaltung in drei Betriebe vornahm, um sich für die Zukunft zu wappnen. Diese neue Form wurde gebraucht, damit beim Einstieg eines potentiellen Großkunden kartellrechtlich keine Probleme entstehen würden. Dabei wurde immer wieder auf die FR – als theoretisches Modell – Bezug genommen. Zufall oder Planung? Die Trennung der Verlagsprodukte bewirkte, dass kartellrechtlich keine Probleme entstanden. An den Verhandlungen seitens der FSD war auch Professor Dr. Beck beteiligt, der später als graue Eminenz auch bei der Abwicklung der FR mitwirkte.

Was bleibt an Erkenntnis?

Ohne die Insolvenz wäre die FR nicht an die FAZ gegangen. Das Kartellrecht hat dafür die Hürden sehr hoch gelegt. Mit ihr konnte in der Öffentlichkeit die Sanierungsfusion greifen. Natürlich hätte auch eine normale Betriebsschließung als Variante in Betracht gezogen werden können. Doch dann wären die Schließungskosten wesentlich höher für die Gesellschafter ausgefallen. Die Insolvenz sorgt dafür, dass die vermeintliche »soziale Verantwortung« auf ein Mi-

nimum reduziert wird. Selbst der jetzt abgeschlossene Sozialplan in der Insolvenz, der mit einem Volumen von gerade mal vier Millionen Euro ausgestattet ist, wird von den Gesellschaftern nicht vorfinanziert. Wartet man bis zur letzten Abwicklung (Verkauf Grundstück etc.), dann sind die ersten Betroffenen schon längst in Hartz IV und dürfen sich das wenige Geld anrechnen lassen. Mit der Insolvenz kann sich das Haus der »klugen Köpfe« in der Öffentlichkeit als Held der Meinungsvielfalt feiern lassen. Wie weit diese geht, das hat die Berichterstattung am Rande des hessischen SPD-Parteitag in Hanau gezeigt. Über die Proteste der Flughafengegner wurde geschrieben, doch die der Beschäftigten der FR blieben unerwähnt.¹⁸

ver.di ist gut beraten, Lehren aus dem Desaster zu ziehen. So wie die IG Druck und Papier Konsequenzen aus den Streiks und den Aussparungen 1976 und 1978 zog, so müssen jetzt neue Handlungsstrategien jenseits der betrieblichen Ebene – so wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorsieht – diskutiert werden. Wer zukünftig handlungsfähig bleiben will, muss sich umgehend auf die neuen Bedingungen einstellen. Statt Anpassung ist betrieblicher und gesellschaftlicher Widerstand nötig. Auch das ist nicht nur allein auf die Gewerkschaften bezogen, sondern es müssen alle anderen relevanten Kräfte der so genannten Mosaik-Linken mit einbezogen werden. Sonst heißt es wie bei der FR auch in anderen Fällen: Wir haben nicht gekämpft – und doch verloren.

¹³ Das eingeleitete Insolvenzverfahren setzt alle Beteiligten unter erheblichen Zeitdruck. Das wird auch aus der Erklärung des Kartellamtes deutlich. Gibt es keine Lösung hin zur FAZ, wird das Aus der »Frankfurter Rundschau« eingeleitet. Niemand möchte in der Öffentlichkeit den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen. Schließlich geht es auch um die zukünftige Presse- und Meinungsvielfalt. Springers Aktion unterstützt als »Brandbeschleuniger« den Prozess.

¹⁴ www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36082&xtcr=55&xtmc=frankfurter%20rundschau&type=d&key=standard_document_47466973

¹⁵ www.axelspringer.de/en/artikel/cw_artikel_nv_en_1392991.html

¹⁶ Horizonte.net, 20.6.2012.

¹⁷ www.facebook.com/konstantin.nevendumont/?ref=ts&fref=ts

¹⁸ FAZ, 11.3.2013, S. 33.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

